

2 Rüdiger Grözl:

Editorial

2 »Gewalt löst keine

Konflikte« – Erklärung zum Abschluss der Rhein-Main-Tournee der Ausstellung »Frieden braucht Fachleute«

5 Heribert Zingel:

Globalisierungsserie Teil III: Wenige Gewinner – viele Verlierer

9 Nachrichten und

Meldungen aus der pax christi-Bistumsstelle und den Basis- und Projektgruppen

11 Daniel Steiger:

Quo vadis – pax christi?

11 Wichtige Adressen

12 Thomas Meinhardt:

Rücktritt

12 Termine

12 Impressum

Thomas Meinhardt:

Die Zusage der Ministerin

Glanzvoller Abschluss der Rhein-Main-Ausstellungstour »Frieden braucht Fachleute«

Es war schon tief in der Nacht, als die letzten Tänzerinnen und Tänzer sich zu den Klängen der Band »Salsa Morgana« bewegten und andere erschöpft – aber gut gelaunt – bei Wasser, Bier und Wein den Tag vorüberziehen ließen. Es gab viel Lob von allen Seiten für die Organisatoren der Ausstellungstournee und für den gelungenen Abschluss am 2. September in St. Gallus in Frankfurt – ganz besonders auch vom Vorstand des Forum Ziviler Friedensdienst, der fast vollständig anwesend war und dies alles als große Unterstützung für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes wertete.

Schon ab 10.00 Uhr morgens hatten zahlreiche ehrenamtliche HelferInnen – hauptsächlich aus den Reihen von pax christi Limburg und der Gemeinde St. Gallus alles für die verschiedenen Veranstaltungen des Tages aufgebaut. Der Nachmittag brachte das erste Highlight: Aus allen elf Präsentationsorten der Ausstellungstournee waren VertreterInnen nach Frankfurt gekommen, die in ihrer Stadt gemeinsam mit anderen die Ausstellung präsentiert hatten. Rückblick und Dank aber auch Überlegungen, wie die Themen »Zivile Konfliktbearbeitung« und »Ziviler Friedensdienst« vor Ort noch besser verankert werden könnten, standen im Mittelpunkt des Nachmittags. Erste Ergebnisse: Die »Steuerungsgruppe« der Rhein-Main-Tour mit den beiden pax christi-Bistumsstellen Limburg und Mainz, dem Zentrum Ökumene der EKHN und der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz wird in anderer Form weitergeführt werden und Angebote und Informationen für die lokalen Gruppen bereitstellen. An einigen Orten wird überlegt, Friedensläufe mit Unterstützung des forumZFD durchzuführen und im nächsten Frühjahr sollen unter Koordination von EKHN-Friedenspfarrerin Mechthild Gunkel (Frankfurt) Rundreisen von Friedensfachkräften durch Schulen und Gemeinden angeboten werden. Nach der Austausch- und Planungsrunde der Aktiven stand eine prominent besetzte Podiumsveranstaltung auf dem Plan. Der Saal in St. Gallus war mit über 180 BesucherInnen »gerammelt voll«. Zum politisch sicher wichtigsten Punkt wurde die Aussage der Bundesministerin Heidemarie Wiezcorek-



Zeul, alles versuchen zu wollen, um bis zum Ende dieser Legislaturperiode die Zahl der gleichzeitig im Einsatz befindlichen und finanzierten Friedensfachkräfte von derzeit 130 auf 500 zu erhöhen. Darüberhinaus wurde von allen DiskussionsteilnehmerInnen betont, dass der Zivile Friedensdienst mittlerweile ein anerkanntes Instrument bei der Konfliktprävention und -nachsorge ist. Dass die Bedeutung des ZFD auch von den Vertretern der Entwicklungsorganisationen wie dem DED oder auch von dem ehemaligen Misereorgeschäftsführer und Trierer Weihbischof Leo Schwarz so gesehen wird, ist ein äußerst positives Zeichen. Wurde der ZFD dort doch noch bis vor wenigen Jahren eher skeptisch betrachtet.

So war dieser 2. September ein toller Abschluss einer beeindruckenden Ausstellungstournee, in die die pax christi-Bistumsstelle in den letzten drei Jahren viel Zeit und Kraft investiert hat. Es gelang uns in dieser Zeit nicht nur, viele Menschen für die Zivile Konfliktbearbeitung zu interessieren – und einige auch zu begeistern. Vielmehr ist es auch gelungen, das politische Handeln der Bundesregierung ein wenig zu beeinflussen. Das ist mehr, als wir erwarten konnten. Zum Schluss bleibt ein großer Dank an die vielen ehrenamtlichen MitstreiterInnen vor allem auch bei pax christi Limburg und natürlich auch an unseren Friedensarbeiter Daniel Steiger, ohne den das ganze Projekt nicht hätte realisiert werden können. ■

Weitere Infos: www.gewalt-loest-keine-konflikte.de



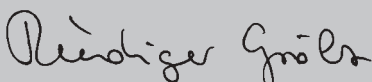
Bei jeder Redaktionssitzung des BistumsInfos sitzt unser Team zusammen und überlegt: Was ist wichtig? Was brauchen wir? Was dürfen wir nicht vergessen? Dann legen wir die Struktur fest und verteilen die Aufgaben. Alles muss zu festen Terminen erledigt sein. AutorInnen werden für Texte und Berichte angefragt, manchmal schreiben wir auch selbst. Meldungen, Termine und Berichte der Basisgruppen wollen eingeholt werden, immer den Redaktionsschluss vor Augen. Nie liegen alle Texte rechtzeitig vor. Verständlich, da alle immer viel beschäftigt sind, alles ehrenamtlich geschieht, ... Wie lange aber sollte man dann auf die angefragten Sachen warten? Drängelt man, zieht man sich Unmut zu, wartet man, verzögert sich die Ausgabe. Es ist eine echte Gratwanderung. Auch dieses BistumsInfo kommt verspätet, aber so ist das eben, eine Gratwanderung. Im Mittelpunkt unserer aktuellen Ausgaben stehen:

Die Abschlussveranstaltung zur Rhein-Main-Tournee der Ausstellung »Alternativen zur Gewalt – Frieden braucht Fachleute« war ein Erfolg. Gemeinsam mit der pax christi-Bistumsstelle Mainz, der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz, dem Friedenspfarramt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, zahlreichen weiteren Gruppen und Organisationen und unzähligen HelferInnen haben wir ein Projekt auf die Beine gestellt, das sich sehen lassen kann. Neben dem Bericht vom 2. September dokumentieren wir die politische Abschlusserklärung, gleichzeitig ein Versprechen für die Zukunft. Natürlich finden Sie wieder in der Mitte des Heftes den dritten Teil der »Globalisierungsreihe« von Heribert Zingel – eine Reihe, die wir gemeinsam mit der Katholischen Erwachsenenbildung im Bistum Limburg herausgeben. Personelle Veränderungen haben wir auch zu vermelden:

Die Nachfolgerin für Daniel Steiger als Friedensarbeiterin der pax christi-Bistumsstelle Limburg steht fest: Benita Suwelack aus Düsseldorf. Ab November macht sie ein Volontariat zum Einstimmen, und ab 1. Februar 2007 beginnt sie als unsere neue Friedensarbeiterin.

Zu guter Letzt hat uns in diesen Tagen der Rücktritt von Thomas Meinhardt als Sprecher der Bistumsstelle bewegt. Obwohl gerade wiedergewählt, haben die Sachzwänge ihn eines anderen belehrt. Gerne und oft als Letztverantwortlicher wahrgenommen, als Vater, Firmenchef und auch bei seiner Gesundheit hat er immer wieder Abstriche gemacht. Jetzt beugt er sich einer schmerzhaften Einsicht. Wir wissen, was wir an ihm hatten und haben. Er hinterlässt eine Lücke, die wir gemeinsam füllen müssen. Schön ist aber doch, dass uns Thomas in anderer Rolle erhalten bleibt.

Alles Liebe und Shalom


Rüdiger Grölz

Frankfurt, den 2. September 2006

Gewalt löst keine Erklärung zum Abschluss der Rhein-Main Ausstellung vom 1. September 2004 bis 3.

Ausgangssituation

Die aktuelle Entwicklung in Nah-Ost zeigt unübersehbar, wohin es führt, wenn schwelende Konflikte mit militärischer Gewalt eingedämmt oder gar gelöst werden sollen. Diese kriegerische Auseinandersetzung steht beispielhaft für die zahlreichen anderen aktuell oder potenziell gewaltträchtigen Konflikte in der Welt: Afghanistan, Dafour (Sudan), Irak, Kaschmir, Kolumbien, Kongo, Kosovo, Kurdistan, Sri Lanka, Tschetschenien, Zimbabwe, um nur einige wenige zu nennen.

Die unzähligen Versuche, Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen, sind in der langen Geschichte von Kriegen fast immer gescheitert. Tod, Zerstörung und jede Menge Gründe für neue gewaltträchtige Konflikte waren die Folgen. Die immer wieder zu beobachtende Spirale von Gewalt, Gegengewalt und Gewalt gegen die Gegengewalt muss unterbrochen werden. Dabei kann der große Erfahrungsschatz aus den vielen erfolgreichen Versuchen gewaltfreier oder gewaltarmer Konfliktbearbeitung genutzt werden. Diese Erfahrungen werden und wurden jedoch häufig nicht zur Kenntnis genommen, obwohl sich hieraus Ansätze für nachhaltige Konfliktlösungen gewinnen lassen.

Hier ist nicht der Ort für Ursachenforschung. Wir wollen aber die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen ziehen und setzen daher bei der Bearbeitung von Konflikten auf Dialog, Teilhabe und Prävention. Dazu gehört vorrangig, nicht zu warten, bis »das Kind in den Brunnen gefallen ist«. Vielmehr gilt es, aktiv zu werden und zu handeln, wenn Konflikte sich entwickeln oder absehbar sind. Konflikte lassen sich dauerhaft nur durch Akzeptanz und Respekt vor dem Anderen lösen, durch den Ausgleich von Interessen und durch das Suchen nach Lösungen, die allen Beteiligten gerecht werden. Dabei wollen wir aber auch nicht verschweigen, dass es Situationen geben kann, insbesondere wenn »das Kind schon im Brunnen liegt«,

in denen der Einsatz von Friedenstruppen – dann jedoch allein unter der Ägide der Vereinten Nationen – dazu beitragen kann, weitere Gewaltausübung zu verhindern, so dass zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung möglich wird.

Der Aufbruch zum Zivilen Friedensdienst

Diese Einschätzungen finden sich heute schon lange nicht mehr nur bei »friedensbewegten Träumern und naiven Pazifisten«, sie werden inzwischen von zahl-



reichen Entscheidungsträgern in Politik und Gesellschaft, Kirchen und Gewerkschaften geteilt. An vielen Stellen finden sich im Handeln von Regierungen und der Zivilgesellschaft – wenn auch eher zaghaft – Ansätze präventiven und dialogischen Handelns.

Ein oft noch zu gering geschätztes erfolgreiches Ergebnis dieses neuen Denkens stellt der 1998 durch die damalige Bundesregierung etablierte und über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziell geförderte Zivile Friedensdienst dar.

► Der Zivile Friedensdienst ist ein freiwilliger Dienst von professionell ausgebildeten Friedensfachkräften, die in Krisengebieten beratend und unter-

Konflikte

Tournee der Februar 2006

stützend tätig werden. Mit Instrumenten der Zivilen Konfliktbearbeitung versuchen sie als »allparteiliche Dritte« zur Überwindung von Hass und Gewalt beizutragen, Dialog zwischen verfeindeten Gruppen wieder zu ermöglichen, die Friedenskräfte aller Konfliktparteien zu stärken, den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zu unterstützen und letztlich Versöhnungsprozesse zu befördern.

- Obwohl mittlerweile rund 250 Friedensfachkräfte aus Deutschland in vielen Krisengebieten tätig waren und die Erfahrungen mit diesem Instrument überall sehr positiv gesehen werden, verharret der ZFD immer noch in seiner kleinen, überschaubaren Pilotphase. Dabei kostet bekanntermaßen jeder noch so kurze Militäreinsatz nach Ausbruch eines Konflikts ein Vielfaches dessen, was notwendig wäre, um mit Mitteln der Zivilen Konfliktbearbeitung präventiv den gewalttätigen Ausbruch eines Konflikts zu verhindern.

Frieden braucht Fachleute – Eine Ausstellung auf Reisen

In Hessen und Rheinland-Pfalz haben Gruppen, Organisationen und Institutionen aus Friedensbewegung, Kirchen, Gewerkschaften, politischer Bildung und Politik andert-halb Jahre lang mit der Wanderausstellung »Alternativen zur Gewalt – Frieden braucht Fachleute« an zwölf Orten in elf Städten das Konzept des Zivilen Friedensdienstes mit zum Teil hervorragender Resonanz – auch in den Medien – präsentiert. Die lokalen Netzwerke, an denen sich insgesamt 230 Organisationen, Initiativen und Institutionen beteiligten, organisierten 180 Begleitveranstaltungen mit über 7.000 Besucherinnen und Besuchern; 105 Schulklassen und Jugendgruppen kamen in die Ausstellung und setzten sich oft erstmals mit dem Gedanken auseinander, dass es nicht zwingend der Gewaltanwendung oder –androgung bedarf, um Konflikte zu lösen oder am

Ausbrechen zu hindern. Über 3.000 Einzelbesucherinnen und –besucher haben sich darüber hinaus mit Konzepten und Praxis des Zivilen Friedensdienstes bekannt gemacht. Mehrere hundert ehrenamtliche Ausstellungsbetreuerinnen und -betreuer haben durch ihren Dienst die lokalen Präsentationen überhaupt erst ermöglicht.

Diese Ausstellungstour war ein erfolgreicher Anfang, die Arbeit von Friedensfachkräften und die Konzeptionen Ziviler Konfliktbearbeitung in der Öffentlichkeit in Hessen und Rheinland-Pfalz bekannter zu machen. Hieran gilt es anzuknüpfen. Denn wir mussten auch die Erfahrung machen, dass selbst im aktiven und interessierten Kern der Zivilgesellschaft das Wissen um Methoden und Erfahrungen gewaltfreier Konfliktbearbeitung und erst recht um den Einsatz von Friedensfachkräften noch eher gering und recht wenig verbreitet ist. Daran werden wir arbeiten.

Konsequenzen

Zivile Konfliktbearbeitung – im Sinne eines organisierten, konzeptionell wie organisatorisch in die bestehende Zivilgesellschaft vor Ort eingebundenen Einsatzes von Friedensfachkräften – ist nach unserer Ansicht das zentrale und effektivste Instrument zur Bearbeitung und Lösung von Konflikten, die gewaltsam zu eskalieren drohen.

Deshalb treiben wir die politische Auseinandersetzung über die richtigen Instrumente beim Einsatz in Konfliktsituationen voran und versuchen, mit unterschiedlichsten Mitteln und Aktionen die Erfahrungen und Chancen des Zivilen Friedensdienstes zu kommunizieren und die gesellschaftliche Zustimmung für diese Instrumente zu erhöhen. Dazu gehören Informationsveranstaltungen mit Friedensfachkräften, die ihre konkreten Erfahrungen vorstellen, Workshops und Trainings in Schulen und Kirchengemeinden zu gewaltfreier Konfliktlösung, Friedensläufe mit begleitenden Veranstaltungen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu erfolgreichen Beispielen gewaltfreien Handelns und anderes mehr.

Um diese Ziele zu erreichen und die politische Durchsetzbarkeit des Zivilen Friedensdienstes zu verbessern, bedarf es des Engagements vieler großer gesellschaftlicher Organisationen.

Wir bitten und drängen daher insbesondere Kirchen und Gewerkschaften, Parteien und wissenschaftliche Institutionen, sich dieser Herausforderung zu stellen. Ein erster Schritt wäre, die eigenen Mitglieder stärker als bisher über die Methoden und die Erfolgsträchtigkeit von Ziviler Konfliktbearbeitung zu informieren und die Erfahrungen mit dem Einsatz von Friedensfachkräften zu kommunizieren. Hilfreich wäre zudem, wenn den hauptamtlichen Mit-



Weihbischof Leo Schwarz und DED-Geschäftsführer Dr. Jürgen Wilhelm

arbeiterinnen und Mitarbeitern Fortbildungen und Weiterqualifikationen zu diesem Arbeitsfeld ermöglicht und empfohlen würden – nicht zuletzt, um Methoden und Konzepte gewaltfreier Konfliktbearbeitung auch für die eigene berufliche Arbeit zu nutzen.

Ziel muss sein, beispielsweise in Kirchen und Gewerkschaften ein vergleichbar bedeutsames Engagement zu verankern, wie dies heute schon in der Entwicklungszusammenarbeit der Fall ist – zumal nach

im Einsatz befindlichen Friedensfachkräften von derzeit 130 auf zunächst 500 gesteigert werden kann. Erst wenn eine nennenswerte Anzahl von Friedensfachkräften in einem Konfliktgebiet gleichzeitig im Einsatz ist, wird es möglich, auf einen Konflikt in seiner Gesamtheit einwirken zu können, bevor er gewaltsam eskaliert. Diese Forderung ist nicht nur legitim und sachlich geboten, sie ist zudem gut realisierbar. Es bedarf dazu lediglich des entsprechenden politischen Willens. An Finanzierungsproblemen braucht

struments – aus humanitären, ethischen, politischen und letztlich auch finanziellen Gründen. Der Zivile Friedensdienst kann nur dann mehr als eine Alibi-Veranstaltung zur eigenen wie öffentlichen Gewissensberuhigung sein, wenn er mit der notwendigen Anzahl gut ausgebildeter und erfahrener Friedensfachkräfte ausgestattet ist.

Anstoß 2:

Wir wollen zudem den Anstoß für eine Erweiterung der Debatte um den Zivilen Friedensdienst geben und bitten Bundesregierung und Bundestagsfraktionen sowie die größeren gesellschaftlichen Organisationen, ernsthaft zu prüfen, inwieweit das



V. l. n. r.: Dr. Rüdiger Schlaga (Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz), Stefan Körzell (DGB-Landesvorsitzender Hessen-Thüringen), Heidemarie Wiczorek-Zeul (Bundesministerin), Andreas Zumach (Journalist, Genf), Weihbischof Leo Schwarz (Trier), Dr. Jürgen Wilhelm (DED-Geschäftsführer), PD Dr. Tilman Evers (Vorsitzender des Forum Ziviler Friedensdienst e. V.)



unserer festen Überzeugung Entwicklungszusammenarbeit und Ziviler Friedensdienst zwei Seiten derselben Medaille darstellen, die konzeptionell und praktisch eng aufeinander angewiesen sind, um erfolgreich sein zu können.

Ziel: Ausbildung und Einsatz von 500 Friedensfachkräften im Jahr

Bundesregierung und Bundestagsfraktionen fordern wir nach dem erfolgreichen Verlauf der ersten Pilotphase auf, die Mittel für den Zivilen Friedensdienst kräftig zu erhöhen. Für die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften, aber auch für die notwendige intensivere Öffentlichkeitsarbeit für dieses Instrument ist ein Ausbau des Finanzrahmens unverzichtbar.

Statt der derzeit jährlich 14 Millionen Euro sollten in einem ersten Schritt rund 60 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden, damit die Zahl der gleichzeitig



diese Initiative nicht zu scheitern: Der Betrag von 60 Millionen Euro wäre deutlich kostengünstiger als jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Anstoß 1:

Die Zeit drängt. Die Phase kleiner Pilotprojekte ist vorbei. Es bedarf eines massiven Ausbaus dieses erfolgversprechenden In-

strument des Zivilen Friedensdienstes auch bei der Bearbeitung innergesellschaftlicher Konflikte in Deutschland – im eigenen Land also – eingesetzt werden kann. Wir selbst sind überzeugt, dass dieses Instrument sich gut dazu eignen könnte, die Zivilgesellschaft zu stärken und alle in Deutschland lebenden Menschen für eine verbesserte demokratische Partizipation zu gewinnen. ■

Globalisierung:

Heribert Zingel

Wenige Gewinner - viele Verlierer

Globalisierung, verstanden als »engere Verflechtung von Ländern und Völkern der Welt, die durch die enorme Senkung der Transport- und Kommunikationskosten herbeigeführt wurde« (Joseph Eugene Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002, S. 24), scheint eine auf absehbare Zeit unumkehrbare Entwicklung zu sein. Davon jedoch zu unterscheiden ist Globalisierung als ein politisches Programm, welches dem oben genannten Globalisierungsprozess erst sein eigentliches Gesicht verleiht.

Die politische Programmatik der Globalisierung hat ihre Wurzeln in der neokonservativen Revolution der frühen achtziger Jahre in den USA unter Ronald Reagan und in Großbritannien unter Margaret Thatcher. Die dort getroffenen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen waren getragen von einer neoliberalen Philosophie, die den Menschen als ein isoliertes Individuum betrachtet, dessen Triebfeder der Eigennutz ist. Das gemeinsame Agieren der Individuen würde nach dieser Überzeugung zum Gemeinwohl aller gereichen. Ein unreglementierter freier Markt sei fähig, sich selbst zu regulieren. Nach dieser Lesart sollte sich der Staat aus der Gestaltung der Wirtschaft weitestgehend zurückziehen und durch seine Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik lediglich optimale Investitionsbedingungen schaffen.

Diese gesellschaftspolitische Philosophie und die mit ihr verbundenen Maßnahmen auf den verschiedenen Politikfeldern blieben nicht auf die USA und Großbritannien beschränkt. In national an-

gepasster Form wurden sie auch Leitbild für die Politik anderer Staaten. Vor allem aber prägten sie das Bild der Globalisierung. Als Beleg mag der *Konsens von Washington* (siehe Kasten S. 7) gelten, der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank 1990 verkündet und im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen den verschuldeten Entwicklungsländern verordnet wurde. Danach sollten die Entwicklungsländer als Gegenleistung für den Zugang zu »frischem Geld« folgende Maßnahmen durchführen:

- Beschränkung der staatlichen Ausgaben,
- Senkung vor allem der unternehmensbezogenen Steuern,
- Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft,
- Öffnung der Märkte durch Reduzierung oder Abschaffung von Zöllen und anderen handelsbeschränkenden Maßnahmen,
- Liberalisierung des Kapitalverkehrs,
- Heraufsetzen der Zinsen, um Kapitalflucht zu verhindern und ausländisches Geldkapital anzuziehen.

Die Ergebnisse dieser Anpassungsprogramme sind bekannt. Vielen Ländern, die sich dem Diktat von IWF und Weltbank unterwerfen mussten, ging es nachher schlechter als vorher. *Steigende Armutsquoten, eine höhere Kindersterblichkeit und der Zusammenbruch des Bildungs- und Gesundheitssystems* in vielen – vor allem in den ärmsten – Entwicklungsländern waren die Folgen. Der im Washington

IWF-Jahrestagung in Singapur im September 2006



Herausgegeben von:



Katholische
Erwachsenenbildung
Diözesanbildungswerk Limburg

PAX CHRISTI IM BISTUM LIMBURG



INTERNATIONALE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

Konsensus niedergelegte Maßnahmenkatalog kam auch bei der Transformation der ehemals planwirtschaftlichen Länder des Ostblocks zur Anwendung. Große soziale Verwerfungen sind insbesondere in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu beobachten.

Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik

Bleibt einmal die besondere Situation von Transformations- und verschuldeten Entwicklungsländern außer Acht, stellt sich grundsätzlich die Frage, was diese Politik für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Rolle des Staates bedeutet. Hier lässt sich folgende Tendenz feststel-

matisch in einen »Wettbewerbsstaat« verwandelt. Wettbewerbsstaat bedeutet, dass die Staaten in Konkurrenz um Investitionen treten. Steuer-, Sozial- und Finanzpolitik müssen so gestaltet werden, dass sie möglichst viele Anreize für Investoren bieten, in Land A statt in Land B zu investieren. Das »flüchtige Kapital« muss eingefangen, der Nationalstaat wettbewerbsfähig werden. Unternehmen konkurrieren um Kunden, Staaten um Investoren. Was das bedeutet, kann an der deutschen Politik der vergangenen 20 Jahre abgelesen werden. Die Steuern für Unternehmen wurden erheblich reduziert, die paritätisch zu finanzierenden Sozialversicherungsbeiträge wurden eingefroren oder Unternehmer erhielten Kompensationsleistungen (Wegfall des Buß- und Bet-

inzwischen hinlänglich bekannt: Studierende bzw. deren Eltern müssen Studiengebühren bezahlen, der Staat zieht sich immer weiter zurück, wie beispielsweise an der hessischen Politik (Schließung von Schwimmbädern und Bibliotheken) abzulesen ist. Was aber in Deutschland noch von einem sehr hohen Niveau aus geschieht – ohne deshalb die Wirkungen



© picture-alliance/dpa

Arbeiterinnen in einer Textilfabrik im ostasiatischen Laos.



© picture-alliance/dpa

Südkoreanische Bauern protestieren gewaltsam

len: Der Staat, der schon durch die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte und das Erstarken der transnationalen Konzerne geschwächt war, erlebt gegenwärtig eine Erosion. Dies bedeutet nicht, dass er ganz verschwindet und der Markt als einzige Steuerungsgröße übrig bleibt. Jedoch wird der Staat in seinen Gestaltungsmöglichkeiten für die nationale Politik immer weiter eingeschränkt. Hatte schon die Liberalisierung des Kapitalverkehrs ihm die Möglichkeit genommen, die eigene Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik zu gestalten, so geht der Washington Konsensus noch einen Schritt weiter. Der für die soziale Sicherheit der eigenen Bevölkerung zuständige Nationalstaat wird auch program-

tages als Ersatz für die Einführung der Pflegeversicherung). Sozialpolitische Leistungen wurden eingeschränkt (Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) oder teilverprivatisiert (Riester-Rente) und Bahn und Post komplett privatisiert. Die Arbeitszeiten wurden »flexibler gestaltet«, und schon wird auch hier über die Abschaffung des Flächentarifvertrages und eine weitgehende Deregulierung des Arbeitsrechtes (unter anderem der Mitbestimmung) diskutiert. Dass der deutsche Staat sich damit zum Teil noch weiter seiner eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und auch seiner Finanzierungsbasis beraubt, steht auf einem anderen Blatt. Die Folgen für die Bevölkerung, oder besser für einige Bevölkerungsgruppen, sind

gering zu schätzen – hat in den Entwicklungsländern ganz andere Konsequenzen. Von dem neoliberalen Globalisierungsprogramm und seinen Effekten bleiben auch diese Länder nicht verschont. So kämpft zum Beispiel Mexiko gegen die Abwanderung der transnationalen Konzerne nach China, wo noch niedrigere Löhne gezahlt werden. In den freien Wirtschaftszonen Mexikos, wo viele internationale Konzerne mit ihren Montagebetrieben angesiedelt sind, wurden wegen der chinesischen Konkurrenz die Lohn- und Einkommensteuer schon fast vollständig abgeschafft. Auch in Afrika gibt es hierzu zahlreiche Beispiele: Das unterentwickelte Sambia gewährt ausländischen Investoren nicht nur jahrelange Steuerfreiheit, sondern auch einen fünfjährigen vollständigen Gewinntransfer. Aber vielleicht gibt es ja bald einen Konkurrenten, der noch günstiger ist. Dass der neoliberale Globalisierungsprozess nicht nur Gewinner, sondern vor allem auch Verlierer kennt, dürfte inzwischen deutlich geworden sein. Dies ist auch im Falle des internationalen Handelsreglements nicht anders, das im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) realisiert wird. Schon seit

Der Konsens von Washington

Der Washington Konsensus (1990) ist ein vom amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler John Williamson geprägter Begriff, der ein komplexes politisches Programm beschreibt. Dieses Wirtschaftsprogramm soll zu mehr makroökonomischer Stabilität führen und staatlichen Protektionismus abbauen. IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank diente dieses Programm ebenso als »Blaupause« wie internationalen Finanzinstitutionen und Beratungsfirmen. Wegen seiner »verheerenden« Wirkungen auf die hoch verschuldeten Entwicklungsländer ist diese Programmatik vor einigen Jahren um die Komponenten der Armut- und Umweltpolitik ergänzt worden. Aus diesem Grund spricht man heute schon von einem Post-Washington-Konsens.



gegen die WTO-Tagung im Dezember 2005 in Hong Kong.

der Gründung der Bretton-Woods-Institutionen nach dem Zweiten Weltkrieg steht die Liberalisierung des Welthandels auf der Tagesordnung der GATT-Verhandlungen. Ausgehend vom Theorem der komparativen Kosten, sollte der Handel ohne Zollbeschränkungen und andere den freien Handel beschränkende Maßnahmen (Mengenbeschränkungen, Diskriminierung) allen Beteiligten Wohlfahrtsgewinne bringen. Denn – so die herrschende Meinung – im Rahmen eines ungehinderten Handels würden sich die verschiedenen Länder auf die Produktion der Produkte konzentrieren, bei denen sie einen Vorteil haben. Die jüngste Entwicklung liest sich dann auch wie die Bestätigung dieser These. So konnten die Entwicklungsländer mit ihrer zunehmenden Integration in den Welthandel ihren Anteil nicht nur kontinuierlich, sondern sogar stärker steigern als die Industrienationen. Allerdings muss diese Aussage differenziert werden. Der Anstieg konzentriert sich auf einige Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien, während die Länder Afrikas südlich der Sahara von ehemals 6 Prozent auf einen Anteil von 0,5 Prozent am Welthandelsvolumen zurückfielen.

Gründung der WTO als Meilenstein

Mit der Gründung der WTO ist eine neue Stufe in der Geschichte des Welthandels erreicht. Nicht mehr nur der Abbau von Zollschranken wie bei den GATT-Verhandlungen steht jetzt auf dem Programm. Es geht um die Abschaffung aller den Handel hemmenden und verzerrenden Maßnahmen, wozu vor allem auch die staatlichen Subventionen an die europäische und US-amerikanische Landwirtschaft gehören. Selbstverständlich zählen auch deren besonders schädliche Exportsubventionen dazu. Diese Zuschüsse führen dazu, dass Produkte aus den USA und der EU in den Entwicklungsländern preiswerter angeboten werden können als die heimischen Waren. Würde es in den WTO-Verhandlungen gelingen, solche Vergünstigungen abzubauen (die EU hat dies 2003 zugesagt), brächte dies vielen Entwicklungsländern enorme Vorteile und einen echten Wohlstandsgewinn. Aber erst einmal sind die Verhandlungen von Cancun (2003) genau an dieser Frage des Subventionsabbaus für landwirtschaftliche Produkte kläglich gescheitert.

Was in diesem Fall ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem gerechteren Welthandel wäre, kann sich bei vollständiger Liberalisierung des Außenhandels für die Entwicklungsländer aber auch als Bumerang erweisen. Wenn die Industrienationen ihre Subventionen abbauen müssen, so könnten – bei allen Sonderrechten, die den ärmsten Entwicklungsländern eingeräumt werden – andere Schwellenländer gezwungen werden, ihre Märkte ebenfalls für die Industriestaaten zu öffnen. Die Folge einer solchen Maßnahme wäre die Überschwemmung der heimischen Märkte mit billigen Importen aus den USA, Europa oder vielleicht auch bald China. Die mühsam aufgebaute ansässige Industrie wäre dann gefährdet. Der Untergang von heimischen Produktionsstätten, verbunden mit dem Verlust von Arbeitsplätzen, wäre die Konsequenz. Was viele Entwicklungsländer benötigen, ist also nicht nur ein Abbau der Subventionspolitik, sondern ebenso der Aufbau heimischer Produktionsstätten hinter hohen Schutzwällen. Das ist jedenfalls die Erfahrung der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert. Die deutsche Industrie konnte sich gegen die übermächtige britische Konkurrenz nur durch protektionistische Maßnahmen schützen, bis sie selbst in der Lage war, in den Wettbewerb einzutreten.

Privatisierung bislang öffentlicher Dienstleistungen

Die Verhandlungen im Rahmen der GATT-Runden hatten sich ausschließlich auf die Bereiche Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte und Industriegüter bezogen. In der Cancun-Runde der GATT-Verhandlungen (1985–1994) wurde dann erstmals auch der Dienstleistungsbereich verhandelt. Dies reflektiert den Strukturwandel der Wirtschaft, deren Wertschöpfung und Beschäftigtenzahlen zunehmend aus diesem sogenannten dritten Sektor kommen. Das grundlegende Vertragswerk ist das 1995 in Kraft getretene GATS-Abkommen, das im Kern einen Marktzugang auch für die Dienstleistungsbereiche vorsieht, die bislang öffentlich erbracht wurden. Natürlich kann man sagen, dass es keinen relevanten Unterschied macht, ob eine bestimmte Dienstleistung von der öffentlichen Hand oder von der Privatwirtschaft erbracht wird. Inzwischen aber mehren sich auch in den Industrieländern die Stimmen, die sich deutlich gegen eine Privatisierung bislang öffentlicher Aufgaben aussprechen. Bei einer Privatisierung

tisierung von sensiblen Bereichen wie Wasserversorgung, Gesundheitsdienstleistungen oder Bildung wird nicht nur eine enorme Preissteigerung befürchtet – denn schließlich wollen die Dienstleistungsanbieter Geld verdienen, – sondern auch, dass die Daseinsvorsorge nicht weiter gesichert wäre. Das Beispiel der Privatisierung der Bahn in Großbritannien gilt den Kritikern des GATS-Abkommens als Beweis dafür, dass zum Zwecke der Gewinnerzielung andere Bereiche wie zum Beispiel die *Sicherheit* vernachlässigt werden. Auch Stilllegungspläne der Deutschen Bahn zeigen deutlich, dass unter der Maxime des Profits eine Vernachlässigung von nicht so rentablen Strecken droht. In der Logik des GATS-Abkommens steht die fortschreitende Liberalisierung des gesamten Dienstleistungsbereiches an. Staatliche Hoheitsaufgaben wie beispielsweise Verteidigung und Finanzen sind noch ausgenommen. Man darf gespannt sein, ob sich die Politik gegen die Ökonomie oder, einfacher, ob sich die Regierungen gegen so mächtige Lobbyisten wie Allianz oder RWE und andere Dienstleistungsanbieter durchsetzen können.

Das Recht auf das geistige Eigentum

Wenn man das politische Programm der neoliberalen Globalisierung als die Durchsetzung von weltweiter Marktwirtschaft und die Erschließung neuer Märkte be-

greift, dann kommt gerade der Absicherung von Eigentumsrechten eine herausragende Bedeutung zu. Schon der Washington Konsensus hatte deshalb die Eigentumsгарантиen zu einem zentralen Programmpunkt erklärt. Im Rahmen der WTO wird dem geistigen Eigentum eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Verständlich ist dies vor dem Hintergrund von Produktpiraterie, wodurch den nationalen Volkswirtschaften, wie den betroffenen Unternehmen, Milliarden-schäden entstehen. Das sogenannte TRIPS-Abkommen regelt unter anderem den Patentschutz und die Aneignung von kollektivem Wissen. Wie problematisch die Regelungen des TRIPS jedoch sind, wird an den Medikamenten deutlich, die gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose entwickelt wurden. Aufgrund des Patentschutzes werden sie nur gegen hohe Preise abgegeben, so dass sie für viele Länder schlichtweg zu teuer sind. Ebenso verhält es sich mit dem »Nachbau« dieser Produkte (Generika) und der Lizenzvergabe. Auch hier nutzen internationale Pharmakonzerne ihre Vormachtstellung und ihre große ökonomische Potenz aus, um ihre Monopole aufrechtzuerhalten. Problematisch ist zudem die Patentierung von Produkten, deren Lizenzfristen abgelaufen sind und die nur leicht verändert (ohne Veränderung der Wirkung) auf den Markt gebracht werden. Dabei ist es offensicht-



Demonstration von »Globalisierungsgegnern« bei der WTO-Tagung in Hong Kong

lich, dass durch Patentierung hier nicht eine besonders zeitintensive und kapitalintensive Forschung geschützt werden soll, sondern lediglich *ökonomische Macht*. Dieser Aspekt der Patentierung zeigt sich in aller Deutlichkeit auch in einem anderen Fall: Einige Völker haben im Laufe einer langen Tradition Wissen über Saatgut, die pharmazeutische Wirkung bestimmter Pflanzen etc. angesammelt. Wenn sich Konzerne des Agro-Business und der Pharmaindustrie dieses Wissen aneignen und darauf Patente anmelden, dann dürfen die Bauern das Saatgut nicht mehr verwenden, ohne dafür Lizenzgebühren zu zahlen. Gleiches gilt für die Patentierung bestimmter Heilpflanzen. Globalisierung, das ist an diesen Beispielen deutlich geworden, ist kein neutrales Geschehen. Es kennt nicht nur Gewinner und Verlierer, es kennt auch Interessen und Akteure mit unterschiedlicher Macht. ■

Glossar

GATT (General Agreement on Tariffs and Trade): Das Abkommen zum Abbau von Handelshemmnissen besteht seit 1947. In acht Verhandlungsrunden ist es gelungen, beispielsweise die Zollsätze von ca. 40 Prozent (1950) auf etwa 6 Prozent zu reduzieren. Das GATT-Abkommen wurde 1996 in die WTO integriert.

WTO (World Trade Organization): Die Welthandelsorganisation wurde 1995 gegründet. 149 Mitgliedsländer (Stand Dezember 2005) haben die im Rahmen der WTO geltenden Regeln bislang unterzeichnet. Im Rahmen der WTO werden 97 Prozent des gesamten Welthandels abgewickelt. Im Unterschied zum GATT verfügt die WTO über ein Schiedsgericht, welches beispielsweise Sanktionen verhängen kann.

GATS (General Agreement on Trade in Services): Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen trat 1995 in Kraft und ist ebenfalls Bestandteil der WTO. Zentrales Ziel ist es, den Dienstleistungssektor der Mitgliedsstaaten für private in- und ausländische Anbieter zu öffnen.

TRIPS (Trade-Related Aspects of International Property Rights): Geschaffen wurde dieses Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums, worunter nicht nur kulturelle Produkte wie Filme und Literatur etc., sondern auch Patente und Lizenzen zu verstehen sind. Das Regelwerk ist ebenfalls in die WTO integriert. Es trat 1994 als Erweiterung zum GATT-Abkommen in Kraft.

Impressum

Herausgeber:

Katholische Erwachsenenbildung
Diözesanbildungswerk Limburg • Roßmarkt 12
65549 Limburg • Tel.: 0 64 31 2 95-34 8 • Fax.: 0 64 31 2 95-43 7
E-Mail: keb-dioezesanbildungswerk@bistumlimburg.de
www.dioezesanbildungswerk.bistumlimburg.de

pax christi Bistumsstelle Limburg
Dorotheenstraße 11 • 61348 Bad Homburg
Tel. und Fax: 0 61 72 92 86 79
E-Mail: friedensarbeiter@pax-christi.de
www.pax-christi.de

Gesamtherstellung:

 meinhardt

www.meinhardt-kommunikation.de

pax christi Regional-Route 2007

Die pax christi-Regional-Route der Bistumsstellen Limburg, Fulda und Mainz nimmt langsam Form und Gestalt an. Von Donnerstag den 17. Mai bis Sonntag den 20. Mai 2007, also zu Christi Himmelfahrt 2007 ist es wieder soweit. Jung und alt machen sich auf den Weg – ob mit dem Rad, zu Fuß oder im Geiste. Nach den bisherigen Planungen wird es zwei stationäre, zwei Rad- und eine Wandergruppe geben. Eine stationäre Routegruppe ist als Familienroute vorgesehen, die zweite beschäftigt sich mit dem dritten Lebensabschnitt. Die beiden Fahrrad-Touren werden sich wohl in eine für Jugendliche und jüngere Erwachsene und eine für alle Altersklassen aufteilen. Die genauen Strecken stehen noch nicht fest. Nur die Wandertour wird wohl durch die Rhön führen. Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 27. November 2006 um 18.00 Uhr Gemeindezentrum Maria Himmelfahrt in Frankfurt-Griesheim statt. Ansprechpartner ist Peter Eisner (siehe Adresse S. 11).

Aktion Wander-Friedenskerze 2006

Am 1. September 2006 ist in Frankfurt-Griesheim mit einem Gottesdienst die Aktion Wander-Friedenskerze 2006 gestartet. Vorbereitet und gestaltet wurde der Gottesdienst vom Geistlichen Beirat von pax christi-Limburg, Rolf Glaser, Mechthild Gunkel, Friedenspfarrer in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Mitgliedern der Gemeinde Maria Himmelfahrt und von pax christi Limburg. Bereichert wurde der Gottesdienst durch Beiträge von den Mitträgern der Aktion im »Ökumenischen Friedenskonvent« und der Vorsitzenden der Diözesanversammlung Beatrix Schlausch. Bereits über 30 Anfragen für die Wander-Friedenskerze lagen beim Start der Aktion vor. Deshalb «wandern» in diesem Jahr gleich drei Kerzen parallel durch die Bistümer Limburg und Mainz. Über weitere Anfragen freut sich das FriedensarbeiterInnenbüro unter friedensarbeiter@pax-christi.de, Tel.: 0 61 72 92 86 79, oder Mobil: 0173 4 72 80 65.

Scheiden tut weh ...

Bei unserem allmonatlichen pax christi-Gottesdienst in Idstein, werden wir am 26. November auch zwei liebe Mitstreiter der Bistumsstelle Limburg verabschieden. Daniel Steiger, unser Friedensarbeiter wird im Dezember nach Brasilien aufbrechen. Thomas Meinhardt, langjähriger Sprecher von pax christi Limburg, der mit Charme, Herz, Verstand, Zähigkeit, Geduld, Penetranz, Durchhaltevermögen und Visionen die Bistumsstelle geprägt hat, geht – Gott sei Dank – nicht nach Brasilien. Thomas bleibt in Idstein. Er wird weiterhin an der ein oder anderen Stelle, zum Beispiel in der Redaktion des Bistumsinfos – mitarbeiten, hat sich aber entschieden, aus Gründen der beruflichen Arbeitsüberlastung als Sprecher zurückzutreten.

Wir haben eine neue Friedensarbeiterin!

Nachdem uns unser Friedensarbeiter Daniel Steiger nach fünf Jahren Tätigkeit für pax christi im Dezember verlassen wird, stieg am Freitag Abend (15. September) über dem pax christi Büro in Bad Homburg der weiße Rauch auf. Frau Benita Suwelack, 37 Jahre jung, aus Düsseldorf, wird zum 1. Februar 2007 als neue Friedensarbeiterin anfangen. Sie steht der Bistumsstelle mit einer 80 Prozent-Stelle zur Verfügung. Im November wird Frau Suwelack schon vorab ein Volontariat von zwei Wochen absolvieren, um eine gute Übergabe der Arbeit möglich zu machen. Unter der Vielzahl guter und geeigneter Bewerbungen ist die Auswahl sehr schwer gefallen. Wir freuen uns nun auf die Zusammenarbeit mit Benita Suwelack. Im nächsten Bistumsinfo wird sich Benita Suwelack ausführlich in Wort und Bild vorstellen.



Benita Suwelack

© privat

Fünf vor 12 für die Ärmsten der Welt

Es ist höchste Zeit, sich auf die Ungerechtigkeit und die Armut in der Welt zu besinnen. Dieses Anliegen wollen pax christi-Mitglieder und Mitglieder der Kommission für gesellschaftliche Aufgaben der Kirche (Koga) mit der Armutsglocke der Christköniggemeinde in Eschborn den Menschen ins Bewusstsein rufen. Ab dem 5. November 2006 werden deshalb jeden Mittag um fünf vor 12 zehn Tage lang die Glocken geläutet.

Die Glocke soll uns aufrüttelt, solidarisch mit den Ärmsten der Armen zu sein. Glocken rufen zum Sonntag, zum Feierabend, sind Einladung zu Gottesdiensten. Sie wollen daran erinnern, dass Gott mit uns ist und uns eine andere Sichtweise geben will. Die Armutsglocke kann uns einen Moment innehalten lassen, zu einer Gedenkminute für Gott und die Menschen einladen, die unsere Solidarität brauchen.

Frieden, Freizeit, Fußballspiele – Sommerseminar 2006

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Bildungs- und Freizeitangeboten prägte alle pax christi-Sommerseminare – so auch in diesem Jahr. Die überschaubare TeilnehmerInnenzahl von 15 Erwachsenen und sieben Kindern durfte vom 29. Juli bis 5. August 2006 eine schöne Woche im Bildungshaus Schmerlenbach erleben. Geprägt wurde die Zeit durch die Beiträge verschiedener ReferentInnen. So konnten sich die Teilnehmenden im Capoeira-Tanz, im Theater der Unterdrückten oder im Argumentationstraining gegen Stammtischparolen ausprobieren. Wichtig für die gelungene Atmosphäre in der Gruppe waren zudem die gemeinsamen Ausflüge, die nach Aschaffenburg, ins Schwimmbad und durch den Spessart führten.

Unvergesslich werden die abendlichen Fußballspiele gegen Franziskanerinnen und Kapuziner (im Habit!) bleiben, die zur gleichen Zeit im Bildungshaus wohnten.

Besonderer Dank gebührt neben den ReferentInnen vor allem den beiden Kinderbetreuerinnen Verena Dorbach und Rune Korell, die den Kindern ein tolles und abwechslungsreiches Programm boten, sowie Christa Walny, die ehrenamtlich die Leitung des Seminars übernahm.

IDSTEIN

Links zur Friedensbewegung in den USA/Informationsquellen

Im Anschluss an den pax christi-Gottesdienst im Juli hat Simon Harak SJ/Koordinator der War Resisters League/New York über das Engagement der US-amerikanischen Friedensbewegung informiert. Zu diesem Thema wurden auf wiederholte Anfrage einige Stichworte zusammengetragen, unter denen im Internet Informationen zu einem »anderen Amerika« zu finden sind. Eine ausführliche Liste ist bei Ute Schäfer (siehe Adresse S. 11) zu erhalten.

Kleinwaffen in den falschen Händen

unter diesem Titel ist in der Reihe Standpunkte Nr. 3/2006 bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ein achtseitiges Papier von Dr. Simone Wisotzki erschienen. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe »Rüstungskontrolle und Abrüstung« hat die Arbeitsschwerpunkte Kleinwaffen und Landminen. Im Juni/Juli 2006 nahm sie als Mitglied der deutschen Delegation an der Überprüfungs-konferenz des Kleinwaffenaktionsprogramms der Vereinten Nationen in New York teil. Bezug: HSKF, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, info@hsfk.de

ESCHBORN

Widerstand damals – Widerstand heute

Unter diesem Thema begeht die Pfarrgemeinde Eschborn, organisiert von der pax christi-Gruppe und der Koga, die diesjährige Friedensdekade. Im Mittelpunkt steht die Ausstellung »Die Weiße Rose«. Sie dokumentiert den Widerstand der Geschwister Scholl und ihrer Gruppe gegen den Nationalsozialismus in München 1942/43. »Widerstand damals – Widerstand heute« verweist aber auch auf die Gegenwart. Deshalb soll der Frage nachgegangen werden, wo heute Widerstand von

Nöten ist. Die Eröffnung der Ausstellung findet am 5. November 2006 um 19.30 Uhr statt. Am 8. November 2006 wird gegen 19.00 Uhr ein Friedensgebet und am 12. November 2006 um 11.00 Uhr ein Gemeindegottesdienst zum Thema gestaltet. Abschließend wird am 13. November 2006 um 20.00 Uhr der Film von Michael Verhoeven »Die Weiße Rose« gezeigt. Alle Termine finden in der Gemeinde Christkönig in Eschborn, Hauptstraße 52 statt. Interessierte sind Herzlich Willkommen!

IDSTEIN

pax christi-Gottesdienst ist, wenn ...

- ca. 20 bis 35 pax christi-Mitglieder, Leute aus Idstein, Mitgebrachte und Besucher sich am letzten Sonntag des Monats um 17.30 im Pfarrsaal von St. Martin/Idstein in der Wiesbadener Straße treffen,
- eine kleine Gruppe Texte und Lieder vorbereitet hat, die ein aktuelles Thema aus der Friedensarbeit oder eine persönliche Fragestellung ansprechen,
- immer wechselnde Priester sich freuen, mit uns zu feiern,
- ein ausführliches Schriftgespräch das Evangelium lebendig werden lässt,
- wir anschließend gut essen und pax christ-Wein trinken (oder anderes),
- wir Informationen und Veranstaltungshinweise austauschen.

Andere Bistumsstellen mit größerer Fläche beneiden uns um diese Möglichkeit, einmal im Monat zusammen zu kommen. Der Gottesdienst, das »pax christi- Kirchenjahr« mit wiederkehrenden Elementen, ist ein zentraler Bestandteil geworden. Wir laden alle Mitglieder und Interessierte ein, mal vorbeizuschauen!

Daniel Steiger:
Quo vadis –
Wohin gehst du? – pax christi?



Es wäre übertrieben zu behaupten, die pax christi-Bistumsstelle Limburg stünde am Scheideweg. Das klingt etwas zu dramatisch. Passender ist vielleicht das Bild eines Weges, der auf mehrere Gabelungen stößt. Wohin geht's nun?

Für mich ist der Endspurt als Friedensarbeiter der Bistumsstelle eingeläutet: Das Sommerseminar ist vorüber, die Veranstaltung »Gewalt löst keine Konflikte« am 2. September war ein voller Erfolg, und die Aktion »Wander-Friedenskerze« ist – auch dank der guten Unterstützung von Christiane Eisner – reibungslos angelaufen. Es steht also vor allem noch die Vorbereitung der Übergabe an die Nachfolgerin auf dem Programm. Außerdem werde

ich archivieren, ausmisten und natürlich die drei wandernden Kerzen begleiten.

So langsam habe ich realisiert, dass nicht mehr viel Zeit bleibt. Ich muss mich schon jetzt aus so manchen Angelegenheiten raushalten, die die Zeit nach meinem Weggang betreffen. Verantwortlich fühle ich mich trotzdem.

Die momentane Situation mit all ihren Weggabelungen ist natürlich verführerisch: Wohin geht's nach dem Rücktritt von Thomas Meinhardt? Welche Inhalte und Formen wählt der neue und sich nun formierende Vorstand? Welche Ideen bringt die neue Friedensarbeiterin ein?

Das ist doch eine sehr spannende und interessante Phase! Sie eröffnet gute Chancen, um nun die Arbeit neu und möglicherweise anders zu prägen. Natürlich freue ich mich, wenn die Mühen der letzten Jahre als Grundlage dienen können. Vor allem die Aktion »Wander-Friedenskerze« und die Aktivitäten rund um den Zivilen Friedensdienst liegen mir am Herzen. Beide Initiativen haben pax christi Limburg wertvolle Kontakte nach außen beschert, Kooperationsmöglichkeiten eröffnet und ein positives Renommee geschaffen, an das angeknüpft werden kann. Nicht zuletzt haben gerade diese Aktionen deutlich gemacht, wie sehr unsere Friedensbewegung – nomen est omen – vom Mitmachen der Ehrenamtlichen lebt. Das Engagement der »vielen kleinen Leute« ist ein besonderer Schatz, ohne den vieles so nicht möglich gewesen wäre. Das gibt doch Hoffnung für die Zukunft und die folgenden Projekte. Und dies selbst in Zeiten, in denen nicht ganz klar ist, wohin es gehen wird. ■

Wichtige Adressen

Geschäftsstelle

Daniel Steiger (Friedensarbeiter), Christiane Eisner (Mitarbeiterin), pax christi-Friedensarbeiterbüro der Bistumsstelle Limburg, Dorotheenstraße 11, 61348 Bad Homburg, Tel./Fax: 0 61 72 92 86 79, E-Mail: friedensarbeiter@pax-christi.de, Homepage: www.pax-christi.de

Vorstand

Birgit Wehner (Sprecherin), Auf der Warte 24, 61184 Karben, Tel.: 0 60 39 433 45, 0 69 150 11 60 (d), E-Mail: b.e.wehner@t-online.de

Pfarrer Rolf Glaser (Geistlicher Beirat), Linkstraße 45a, 65933 Frankfurt, Tel.: 0 69 38 16 06 (d), E-Mail: R.Glaser@mariaehimmelfahrt-ffm.de

Paul Arthen (Geschäftsführer), Grabenstraße 35, 65606 Villmar, Tel.: 0 64 82 17 59, E-Mail: paularthen@online.de

Peter Eisner (Beisitzer), Hügelstraße 8, 61352 Bad Homburg, Tel.: 0 61 72 4 24 39, 0 61 72 67 33-28 (d), E-Mail: peter_eisner@gmx.de

Ilse Liebetanz (Beisitzerin), Im Wingert 82, 65760 Eschborn, Tel.: 0 61 96 4 13 88, E-Mail: iwLiebetanz@t-online.de

Thomas Wagner (Beisitzer), Gerberweg 44, 65510 Idstein, Tel.: 0 61 26 22 93 09, E-Mail: Thomas.Wagner.Idstein@gmx.de

Christa Walny (Beisitzerin), Am Wiesenhof 76A, 60529 Frankfurt/Main, Tel.: 0 69 6 66 90 50, 0 69 6 66 58 31 (d), E-Mail: sanktjohannes@compuserve.de

pax christi-Gruppen

Eschborn: Ilse Liebetanz (Adresse s. o.)

Frankfurt: Christa Walny (Adresse s. o.)

Hofheim: Willi Prößer, Im Obergarten 11, 65719 Hofheim, Tel.: 0 61 92 16 68, E-Mail: WProesser@aol.com

Idstein: Ute Schäfer, Limburger Straße 23, 65510 Idstein, Tel.: 0 61 26 5 74 22, E-Mail: ute.schaef@gmx.de

Lahnstein: Pater Wolfgang Jungheim, Johannesstraße 40, 56112 Lahnstein, Tel.: 0 26 21 96 88 41, E-Mail: wolfgang.jungheim@sscc.de

Montabaur: Claudia Kobold, Niederelberter Straße 7, 56412 Holler, Tel.: 0 26 02 1 77 19, E-Mail: claudia.kobold@gmx.de

Projektgruppen

Erlassjahr + Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte: Helmut Schießer, Hardtgrundweg 1, 61462 Königstein, Tel.: 0 61 73 15 63, E-Mail: helmutschiesser@t-online.de

Gottesdienstvorbereitung: Ute Schäfer (Adresse s. o.)

BistumsInfo: Thomas Meinhardt (Adresse s. S. 12)

Förderverein: Peter Eisner (Adresse s. o.)

Oktober

27.–29. 10. 2006, Hofheim
Wochenendveranstaltung zum Thema »Geld und Gott« von pax christi Limburg und der Stiftung Franziskanische Erziehung und Bildung. Informationen unter Tel.: 0 6192 99 04-0 oder E-Mail: info@exerzitions-haus-hofheim.de.



Impressum



Herausgeberin:

pax christi
Bistumsstelle Limburg
Dorotheenstraße 11
61348 Bad Homburg
Tel. und Fax: 0 61 72 92 86 79
E-Mail: friedensarbeiter@pax-christi.de
www.pax-christi.de

Bankverbindung:

Pax-Bank-Mainz
Konto Nr. 4 003 533 013
BLZ 551 601 95

Gesamtherstellung:

meinhardt
Magdeburgstraße 11, 65510 Idstein
Tel.: 0 61 26 58 86 88, Fax: 0 61 26 58 86 89
E-Mail: info@meinhardt-kommunikation.de

Redaktion:

Rüdiger Grözl, Ilse Liebetanz,
Mirjam Meinhardt, Thomas Meinhardt,
Birgit Wehner

Redaktionsanschrift:

Thomas Meinhardt,
Magdeburgstraße 11, 65510 Idstein
E-Mail: thomas.meinhardt@meinhardt-kommunikation.de

Druck + Versand:

Mühlsteyn-Druck
Weiselstein 2, 57580 Elben

29. 10. 2006, 17.30 Uhr, Idstein
pax christi-Gottesdienst unter dem Thema »Wege zum Frieden anhand von Texten von Franz von Assisi« mit anschließendem kleinem Imbiss in der Gemeinde St. Martin in Idstein, Wiesbadener Straße 21.

November

3.–5. 11. 2006, Bonn

Tagung zur **Zivilen Konfliktbearbeitung** in Deutschland in Kooperation mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Informationen unter www.ev-akademie-rheinland.de.

5. 11. 2006, 19.30 Uhr, Eschborn
Eröffnung der Ausstellung »Die Weiße Rose. Widerstand damals – Widerstand heute« zum Widerstand der Geschwister Scholl in der Pfarrgemeinde Christkönig in Eschborn, Hauptstraße 52.

20. 11. 2006, 19.30 Uhr, Frankfurt
Die pax christi-**Montagsrunde** lädt ein zu einem Gespräch mit Piero Bartalesi. Er berichtet über die Arbeit von Ordensschwestern in Mogadischu. Ort: Pfarrgemeinde Maria Himmelfahrt in Frankfurt-Griesheim, Auf der Beun.

22. 11. 2006, 19.00 Uhr, Wiesbaden

Ökumenischer Gottesdienst zum Abschluss der Aktion Kleinwaffen mit Dr. Simone Wisotzki von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in der evangelischen Kreuzkirche in Wiesbaden, Walkmühltalanlagen.

26. 11. 2006, 17.30 Uhr, Idstein
pax christi-Gottesdienst mit anschließendem kleinem Imbiss in der Gemeinde St. Martin in Idstein, Wiesbadener Straße 21.

26. 11. 2006, 19.30 Uhr, Idstein
Vortrag und Gespräch mit Prof. Jeff Halper, Direktor des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen, zum Thema »Von der Besatzung zur Apartheid: Israels ›Konvergenzplan‹« in der

Gemeinde St. Martin in Idstein, Wiesbadener Straße 21.

27. 11. 2006, 18.00 Uhr, Frankfurt
Vorbereitungstreffen zur pax christi-Regionalroute 2007 im Gemeindezentrum Maria Himmelfahrt in Frankfurt-Griesheim, Auf der Beun.

Dezember

31. 12. 2006, 17.30 Uhr, Idstein
pax christi-Jahresabschlussgottesdienst mit anschließendem kleinem Imbiss in der Gemeinde St. Martin in Idstein, Wiesbadener Straße 21.

VORSTAND

Rücktritt

Mittlerweile hat es sich herum gesprochen: Ich habe zum 3. September mein Amt als Sprecher der pax christi-Bistumsstelle Limburg, das ich 10 Jahre innehatte, niedergelegt. Dies ist mir nicht leicht gefallen – gerade nach der ermutigenden Diözesankonferenz Ende Juni, auf der ich für drei weitere Jahre wiedergewählt worden war. Wie sicherlich oft in solchen Situationen hat ein Konklomrat aus beruflichen, gesundheitlichen und familiären Gründen zu dieser Entscheidung geführt. In diesem Sommer, als zu den vielen anderen Aufgaben eines Sprechers noch die Vorbereitung für die Veranstaltung am 2. September hinzukam, war mir sehr deutlich geworden, dass ich meine Reserven stark ausgereizt hatte. Ich brauche zudem deutlich mehr Zeit und mehr Kreativität für die Weiterentwicklung meiner Firma und mehr Muße für die Familie.

Der Zeitpunkt meines Rücktritts scheint mir ein guter für einen solchen Schritt zu sein, denn eine Reihe von Zukunft gestaltenden Entscheidungen waren gefragt. Mit der Auswahl und Einarbeitung einer neuen Friedensarbeiterin, der vertieften Kooperation mit den pax christi-Bistumsstellen Fulda und Mainz und der Planung einer Regional-Route 2007 standen bzw stehen Projekte an, bei denen mir klar wurde, dass ich sie nicht in der für mich notwendigen intensiven Weise würde verantwortbar begleiten können. So war der 2. September mit dem Abschluss der Ausstellungstournee ein guter Zeitpunkt für eine Zäsur. Ich bin mir sicher, dass die oben genannten Aufgaben und die gesamte Leitung der pax christi-Bistumsstelle Limburg beim verbliebenen Vorstand in guten Händen liegen. Ich werde mich bei kleineren Projekten – wie dem Bistums-Info – weiter engagieren und freue mich auf ein entspanntes Wiedersehen unter pax christi-Freunden bei der einen oder anderen Aktivität der Bistumsstelle.

pace e bene

Thomas Meinhardt



Thomas Meinhardt